N VIA Nachrichten

Nr. 07/2024

IN VIA Kath. Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit Deutschland e.V.



Aus der Zentrale von IN VIA

Kommentar in Jugendsozialarbeit News: Ausbildungsgarantie inklusiver ausgestalten

Mit der im Juni 2023 im Rahmen des Gesetzes zur Stärkung der Aus- und Weiterbildung gesetzlich verankerten Ausbildungsgarantie treten zum 1. April 2024 einige Maßnahmen in Kraft: Berufsorientierungspraktika, eine flexibilisierte Einstiegsqualifizierung, zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze sowie ein Mobilitätszuschuss. Diese sind grundsätzlich zu begrüßen, jedoch setzen sie allesamt erst nach Beendigung der Schulzeit an. Gebraucht wird aber vor allem ein sog. Übergangsmanagement, das bereits in den weiterführenden Schulen andockt, um den Übergang junger Menschen in Ausbildung bzw. Beruf nachhaltig begleiten zu können. Susanne Nowak, Bundesreferentin bei IN VIA Deutschland und im Netzwerk der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. bewertet die neu geltenden Maßnahmen aus Sicht der Jugendsozialarbeit. Mehr unter https://t1p.de/ge915.

Aus der Zentrale des DCV

Fakten statt Polemik zum Bürgergeld

Immer wieder ist das Bürgergeld und vor allem seine Höhe in der Diskussion. Dabei zeichnet die öffentliche Debatte oft ein Zerrbild und diffamiert Menschen, die auf das unterste Sicherungsnetz angewiesen sind. Der Faktencheck der Caritas klärt auf. Mehr unter <u>Fakten statt Polemik zum Bürgergeld (caritas.de)</u>

Deutschlandticket FamilyPlus - Caritas-Präsidentin wirbt für soziale Verkehrspolitik als Mehr-Generationen-Projekt

"Das Deutschlandticket ist zum Erfolgsmodell einer klimasozialen Verkehrspolitik geworden. Es entlastet Millionen Pendlerinnen und Pendler, die das Deutschlandticket als Jobticket nutzen, und es ermöglicht klimafreundliche Mobilität in der Freizeit," sagt Eva Maria Welskop-Deffaa, Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes. Der deutliche Anstieg der Nutzerinnen und Nutzer des Schienennahverkehrs bestätigt die Idee des Tickets für "Klimaschutz, der allen nutzt".

"Ein Jahr nach Einführung des Deutschlandtickets ist der Zeitpunkt gekommen, um über zwei Dinge zu reden: Es braucht den Ausbau des Tickets zu einem Deutschlandticket FamilyPlus und es braucht eine Finanzierungssicherheit über das nächste Jahr hinaus," so Welskop-Deffaa. "Ein kostengünstiges Kombiticket für Eltern mit kostenloser Mitreisemöglichkeit für ihre Kinder sollte so bald wie möglich bundeseinheitlich kommen! Bahnreisen muss gerade auch für einkommensärmere Familien mit mehreren Kindern erschwinglich sein." Ein Deutschlandticket FamilyPlus könnte eine klimafreundliche Verkehrspolitik sozial flankieren und die Belastungen von Familien, die durch steigende CO2-Preise entstehen, auf kluge Weise abfedern, so die Caritas-Präsidentin.

Kirche & Gesellschaft

Zusammen für Demokratie. Im Bund. Vor Ort. Für Alle

Unter dem Motto "Zusammen für Demokratie. Im Bund. Vor Ort. Für Alle" hat sich am 21. März ein breites gesellschaftliches Bündnis zur Stärkung der Demokratie gegründet. Mit Blick auf die anstehenden Wahlen in Deutschland und Europa drohe, dass die AfD und andere extrem rechte Parteien weiter gestärkt würden. Ziel des Bündnisses, dem rund fünfzig Organisationen angehören, sei es, das Engagement der Zivilgesellschaft zu unterstützen, zu verstetigen und durch konkrete Maßnahmenpakete zu unterstützen. Mehr unter https://t1p.de/3bdj0.

AWO fordert Zeugnisverweigerungsrecht auch für Fachkräfte der Sozialarbeit

Zum "Internationalen Tag der Sozialen Arbeit", am 19. März, fordert die Arbeiterwohlfahrt (AWO) eine Modernisierung der Strafprozessordnung, die bislang kein Zeugnisverweigerungsrecht für Fachkräfte der Sozialen Arbeit vorsieht. Wer als Zeug*in in einem Strafprozess geladen wird, muss vor Gericht erscheinen und aussagen. Auch Menschen, die sich an Sozialarbeiter*innen wenden, müssten sich auf Vertrauensschutz verlassen können. Es sei an der Zeit, auch Berater*innen aus dem Bereich Gewaltschutz, Sozialarbeiter*innen aus den Bereichen der Jugendarbeit, der Straßensozialarbeit usw. ein Zeugnisverweigerungsrecht einzuräumen. Mehr unter https://t1p.de/c4v7l.

Handyspende ist Gold wert

Die in den Handys enthaltenen Rohstoffe werden meist unter unfairen und lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen abgebaut. Wenn die seltenen, wertvollen Rohstoffe, wie Gold, recycelt werden, muss weniger Material umweltschädigend abgebaut werden. Nicht recycelbare Stoffe werden fachgerecht entsorgt und können somit nicht mehr die Umwelt belasten. Aus dem Erlös des Recyclings und der Wiederverwertung erhält missio pro Gerät 50 Cent, die an Projektpartner*innen gehen. Mehr unter https://t1p.de/aal2y.

Ausbildung & Qualifizierung

Berufssprachkurse verbessern die Deutschkenntnisse, stärken die Arbeitsmarktintegration aber nur bedingt

Ein breitgefächertes Angebot an Berufssprachkursen des Bundes zielt seit 2026 darauf ab, Menschen mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf auf den deutschen Arbeitsmarkt vorzubereiten und in Ausbildung oder Arbeit zu begleiten. Bis Ende 2022 wurden 775.000 Berufssprachkurse begonnen. Eine vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) beauftragte Forschungsgruppe der Forschungsinstituts Betriebliche Bildung (f-BB) hat Ergebnisse und Wirkungen der Berufssprachkurse auf den Spracherwerb und die Arbeitsmarktintegration untersucht. Zudem wurden Gelingensbedingungen für die Inanspruchnahme und Durchführung der Kurse herausgearbeitet. Der Abschlussbericht der Evaluation liegt nun vor: Während die Berufssprachkurse einerseits die Deutschkenntnisse verbessern, entfalten sie bisher die gewünschten Wirkungen bezüglich der Arbeitsintegration nur teilweise. Mehr unter https://t1p.de/47y3j sowie https://t1p.de/i1j7t.

Bildung

Bundesländer treffen Vorbereitungen zur Umsetzung des Startchancen-Programms

In den letzten Wochen haben das Landeskabinett von Nordrhein-Westfahlen sowie das Kabinett von Baden-Württemberg bereits ihre formelle Zustimmung zu dem für das kommende Schuljahr geplanten Startchancen-Programm verkündet. Konkrete Vorbereitungen für den Start des Programms werden derzeit getroffen. Nordrhein-Westfalen erhält aus dem Startchancen-Programm in den kommenden zehn Jahren rund 2,3 Milliarden Euro vom Bund. Bis zu demselben Umfang werden Landesmittel in die gezielte Unterstützung von mehr als 900 Schule in herausfordernder Lage investiert. Die Auswahl soll nach dem landeseigenen Schulsozialindex erfolgen. In Baden-Württemberg werden in den kommenden zehn Jahren je etwa 1,3 Milliarden Euro aus Bundes- und Landesmitteln an etwa 540 baden-württembergische Schulen fließen. Zur Koordinierung des Startchancen-Programms hat das Kultusministerium eine Geschäftsstelle eingerichtet. Mehr unter https://t1p.de/7n5ui sowie https://t1p.de/7n5ui sowie https://t1p.de/3xg52.

Mädchen & Frauen

Dringendes Handeln hinsichtlich des Gewalthilfegesetzes

Angesichts der anhaltend hohen Fallzahlen von geschlechtsspezifischer Gewalt an Frauen und des eklatanten Mangels an Schutz- und Unterstützungsmöglichkeiten hat der Verein Frauenhauskoordinierung (FHK) die Bundesregierung zu dringendem Handeln aufgefordert. Das im Koalitionsvertrag gegebene Versprechen, ein neues Gewalthilfegesetz auf den Weg zu bringen, muss umgesetzt werden. Ein Gewalthilfegesetz mit einem verbindlichen einklagbaren Rechtsanspruch der Betroffenen auf Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt sei der erste entscheidende Schritt auf dem Weg in eine angemessene Absicherung des staatlichen Schutzauftrages. Notwendig sei dabei eine inklusive Perspektive, um sicherzustellen, dass Frauen unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer Herkunft, ihres Wohnortes oder eventuellen gesundheitlichen Beeinträchtigungen Zugang zu Schutz und Beratung erhalten. Mehr unter https://t1p.de/uv8yp.

Europas Töchter – Ein feministischer Blick auf die Europawahl

Am 25. April 2024 greifen der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) e.V. und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in einer Online-Veranstaltung von 19.00 – 21.00 Uhr das Thema Europawahl auf. Durch ihre Politik, Programme und Maßnahmen hat die EU das Potenzial, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und die Rechte von Frauen in ganz Europa zu stärken. Diskutiert werden folgende Fragen: Was wird auf europäischer Ebene für ein gleichberechtigtes,

gewaltfreies, solidarisches und vielfältiges Europa getan? Wie ist der Zusammenhang zwischen rechtsextremen Positionen, die Gleichstellungspolitik ablehnen, und der Verbreitung von antifeministischen Ideologien und Diskursen in der EU? Mehr unter https://t1p.de/5vgzo.

Tag der Diakonin +plus

Am 29. April ist Tag der Diakonin +plus. An diesem Tag unterstreicht die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) jedes Jahr ihre Forderung nach der Öffnung des sakramentalen Diakonats für Frauen. Gemeinsame mit KDFB, dem Netzwerk Diakonat der Frau und dem ZdK lädt der Frauenverband in diesem Jahr zu einer zentralen Feier nach Speyer ein. Mehr unter https://t1p.de/ndpuv.

Aus den Verbänden der Jugendsozialarbeit

Forderungen der BAG KJS anlässlich der Europawahl 2024

Die Wahlen in Europa fallen in eine Zeit, in der Menschenwürde, demokratisches Miteinander, Solidarität nach innen und außen, Frieden und Freiheit sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit noch wesentliche Säulen der EU sind. Diese Säulen bleiben nicht selbstverständlich stabil, sie müssen erhalten und gestärkt werden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) formuliert in der Position "Forderungen zur Europawahl 2024" im Interesse der Fachkräfte und der jungen Menschen in der Jugendsozialarbeit klare Vorstellungen:

- Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit strukturell und finanziell stärken!
- Politische Beteiligung weiterentwickeln!
- Solidarität und Gerechtigkeit stärken!
- Kampf gegen Armut zum Schwerpunkt des Handelns machen!
- Klima und Digitaltransformation f
 ür alle gerecht gestalten!

Mehr unter https://www.bagkjs.de/forderungen-zur-europawahl-2024/

Migration & Integration

Zweckwechsel zwischen den Aufenthaltstiteln im Kontext von Bildungs- und Erwerbsmigration In der Beratungspraxis von Betroffenen ohne deutsche Staatsbürgerschaft kommt vermehrt das Thema eines möglichen Zweck- oder Spurwechsels zwischen unterschiedlichen Aufenthaltstiteln auf. Im Rahmen des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes 2.0 werden mehr Zweckwechsel und Spurwechsel aus einem zurückgezogenen Asylantrag ermöglicht. Hinweise dazu und eine erste Orientierung bietet die schematische Übersicht der Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) Flüchtlingshilfe. Mehr unter https://t1p.de/30m4u und ausführlicher in der Arbeitshilfe: https://t1p.de/3jsl7.

Neue Zuständigkeiten bei der Bundesagentur für Arbeit

Im Zuge der Zulassung nicht-deutscher Staatsangehöriger auf den Arbeitsmarkt hat die Bundesagentur für Arbeit neue behördeninterne Zuständigkeiten verteilt. Für die Genehmigung von Anträgen auf Beschäftigungserlaubnisse sowie für die Genehmigung von Visaanträgen für neu einreisende Fach- und Arbeitskräfte wurden in Meschede, Neuruppin und Darmstadt acht neue Teams zusammengestellt. Zu erreichen sind alle Teams über die zentrale Hotline 0228 713 2000. Die Zuständigkeiten für bestimmte Gruppen sind hier zu finden: https://t1p.de/bz0n4.

BMI: Einreisen aus der Ukraine nach Auslaufen der Aufenthalts-Übergangsverordnung

Die aktuelle Übergangsverordnung gilt in der letzten Fassung nur für Geflüchtete, die bis zum 4. März 2024 in das Bundesgebiet eingereist sind. Laut BMI wird nun eine rückwirkende Verlängerung der Verordnung geprüft. Bis dahin sei die Einreise in vielen Fällen weiterhin visumfrei möglich. Hierbei stützt sich das BMI, gemäß einem Hinweisschreiben des Ministeriums für Justiz und Migration in Baden-Württemberg, auf andere Rechtsgrundlagen. Diese gelten jedoch nicht für Drittstaatsangehörige ohne internationalen Schutzstatus in der Ukraine. Aus Beratungsstellen erfolgen bereits Berichte über Zurückweisungen an der deutschen Grenze und Einleitungen von Strafverfahren wegen "unerlaubter Einreise". Mehr unter https://t1p.de/1ppnr.

Verlängerte Leistungseinschränkungen für Geflüchtete – Negative Konsequenzen für Gesundheit Der maximale Geltungszeitraum des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) wurde Ende Februar 2024 auf drei Jahre erhöht. Das Gesetz regelt die Höhe und Form von Sozialleistungen die Asylbewerber*innen in Deutschland erhalten können, bevor auch sie einen Anspruch auf Bürgergeld und andere Sozialleistungen haben. Einem Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge belastet dieses Gesetz besonders Menschen mit niedriger Bildung und geringen Deutschkenntnissen. Die verlängerten Leistungseinschränkungen verschlechtern die Gesundheitsversorgung der Betroffenen und erhöhen langfristig die staatlichen Gesundheitsausgaben. Mehr unter https://t1p.de/uzi9m.

Bahnhofsmission

Bahnhofsmission auf der Konferenz der IN VIA-Geschäftsführenden

Am 16.05. von 10:00 bis 12:00 Uhr wird die Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft katholischer Bahnhofsmissionen den IN VIA-Trägervertreter*innen der Bahnhofsmission in Paderborn zu Austausch und Bearbeitung wichtiger Fragen der Bahnhofsmissionen zur Verfügung stehen: Neben der Beschäftigung mit Umsetzungsideen zur "Strategie 2030+ der Bahnhofsmission" und der Vorbereitung der Mitgliederversammlung der BAG KBM mit Vorstandswahlen (20.06.2024) die zukünftige Zusammenarbeit von IN VIA mit dem DCV im Arbeitsfeld Bahnhofsmission sein.

Bahnhofsmission auf dem Katholikentag in Erfurt

Am 30.05.2024 lädt der DCV gemeinsam mit dem DiCV Erfurt und der Ökumenischen Bahnhofsmission Erfurt zu einer Station im Rahmen der Caritas-Aktion "Orte des Friedens" an den Hauptbahnhof Erfurt ein: Die Landesverkehrsministerin, Frau Susanna Karawanskij wird mit dem Vorstandsvorsitzenden von DB InfraGo, Ralf Thieme und der Bundesgeschäftsführerin des Bahnhofsmission Deutschland e.V. über Fragen nachhaltiger und sozial gerechter Mobilität sprechen.

Am 01.06. lädt die Bahnhofsmission Erfurt alle anwesenden Mitarbeitenden der Bahnhofsmissionen zu einem Empfang mit dem Vorsitzenden der BAG KBM, Prof. Bruno W. Nikles, ein.

Literatur & Webtipps

Ratgeberseiten von JUUUPORT zu aktuellen Online-Themen und -Gefahren

Die Online-Plattform JUUUPORT ist bekannt für ihre datenschutzsichere und kostenlos verfügbare Peer-to-Peer-Beratung rund um Probleme im Netz. Daneben betreibt der Verein aktive Aufklärungs- und Präventionsarbeit. So veröffentlicht JUUUPORT beispielsweise anschauliche Ratgeber zu unterschiedlichen Themen, wie etwa Mediensucht, Sexuelle Belästigung und Hass im Netz. Mehr unter https://t1p.de/xm1a3.

"(Daten-)Geschichten, die die Zukunft schreibt"

Das Thema KI in der Wohlfahrt ist für Viele schwer greifbar und bleibt häufig sehr abstrakt. Das Projekt "AWO digital" nähert sich dem Thema über das "Storytelling", dem Erzählen von Geschichten. Die drei Kurzgeschichten widmen sich der Frage, wie Potenziale von Daten und KI in der Praxis der AWO zukünftig nutzbar gemacht werden könnten. Die Geschichten erzählen, wie Daten und KI in Zukunft zu mehr Teilhabe beitragen könnten, Einrichtungen unterstützen könnten, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu verbessern, und zu mehr Raum für Zwischenmenschlichkeit in der pflegerischen Praxis führen könnten. Mehr unter https://t1p.de/6zf62.

Broschüre "OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Bildung gemeinsam engagiert. Erkenntnisse aus praxisfeldübergreifenden Kooperationen"

In der Publikation "OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Bildung gemeinsam engagiert." wird von den Herausforderungen und Erfolgen im ProjektOPEN(2021 bis 2023) berichtet, das die Transferstelle politische Bildung von Transfer für Bildung e.V. geplant und durchgeführt hat. Sechs Partnerschaften hatten sich im Projekt zusammengeschlossen: je eine Einrichtung der politischen Jugendbildung und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) aus NRW. Gemeinsam erreichten sie viele Jugendliche, die ansonsten keinen Kontakt zu Angeboten politischer Bildung haben und wenig partizipative, demokratiebildende Erfahrungen machen. Ihnen wurde ein freiwilliges und lebensweltnahes Setting geboten, um ihre politischen Themen aufzunehmen, gemeinsam zu bearbeiten, zu reflektieren und so die Meinungsbildung, Urteilsfindung und politische Partizipation emotional und rational zu stützen. Mehr unter https://t1p.de/pdgh8.

Neues Handbuch zum Landesprogramm "Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)" in Bayern

Parallel zum Ausbau des Landesprogramms "Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)" ist ein ausführliches und anschauliches digitales Handbuch für die Jugendsozialarbeit an Schulen vom Bayerischen Landesjugendamt veröffentlicht worden. Es enthält wichtige Hinweise und Tipps für die Praxis der Träger und der Fachkräfte im Landesprogramm JaS. Mehr unter https://t1p.de/43gdv

Aus der Fortbildungs-Akademie des DCV

 Meine Ziele im Blick behalten! Selbststeuerung unter komplexen Anforderungen mit dem Zürcher Ressourcen Modell (ZRM®) 03.06.2024 - 04.06.2024

Sie haben sich etwas fest vorgenommen, zu Beginn sind Sie diszipliniert, dann kommt Ihnen ständig etwas in die Quere. Irgendwann merken Sie, dass Sie Ihr Ziel ganz aus den Augen verloren haben.

Inhalt: Das ZRM unterstützt Sie, motivierende Ziele zu formulieren und diese sogar unter widrigen und komplexen Rahmenbedingungen umzusetzen. Entwicklung eines kraftvollen Veränderungsziels, Nutzen von Bildern für die persönliche Zielfindung in einem abwechslungsreichen methodischen Prozess. Mehr unter http://www.caritas-akademie.de/AN30W.

Aus der IN VIA Akademie Paderborn

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen

- Ich sehe nicht, was ich nicht weiß! Interkulturelle Kompetenzen am 6. Juni 2024, Paderborn Nicht erst seit dem Zuwachs an Flüchtlingen gehört es zur Normalität in sozialen und pädagogischen Einrichtungen, dass dort Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen aufeinander treffen. Die Qualität der Begegnung hängt dabei davon ab, wie viele der jeweiligen "Spiel-Regeln" des Miteinanders bekannt sind, damit nicht scheinbare Banalitäten und Selbstverständlichkeiten die Zusammenarbeit behindern. Sie werden für die Arbeit mit Menschen und Familien aus unterschiedlichen Kulturen sensibilisiert. Sie erwerben Wissen und Kompetenzen, um Konflikte zu verringern und eine bessere Zusammenarbeit zu ermöglichen. Mehr unter https://t1p.de/904vj.
- 'Schwierige' Jugendliche erfolgreich motivieren 'Cool ans Ziel' am 13. Juni 2024, Paderborn
 Unkooperative Jugendliche erweisen sich häufig als äußerst widerspenstige und hartnäckige
 Fälle und sind für jeden Pädagogen eine echte Herausforderung. "Cool ans Ziel" ist ein
 systemisch agierendes, ressourcen- und lösungsorientiertes methodisches Konzept, das uns
 praktische Handlungsanleitungen auch für solche Fälle gibt. Im Mittelpunkt steht der gezielte
 methodische Auf- und Ausbau von Motivationsvoraussetzungen für wünschenswerte Ziele. Mehr
 unter https://t1p.de/rnu0o.

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen unter http://www.caritas-akademien.de. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: http://www.invia-akademie.de.

Folgen Sie uns auch auf unserem X-Account!





Frauen helfen Mädchen und jungen Frauen aus der Coronakrise www.women4youth.de

IMPRESSUM:

IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit Deutschland e.V. Karlstr. 40 79104 Freiburg

Redaktion: Elise Bohlen/Annelie Engelbert

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 22.04.2024 Berichte sowie An- und Abmeldung vom Newsletter: annelie.engelbert@caritas.de